Archiv - Ständige Publikumskonferenz der öff.-rechtl. Medien

WDR - Programmbeschwerde zur Sendung „Hart aber fair“

2. März 2023, 15:23 Maren

Westdeutscher Rundfunk Köln
Intendanz
Appellhofplatz 1
50667 Köln

Bonn, 01.03.2023

Programmbeschwerde

Sehr geehrter Herr Buhrow,

hiermit erheben wir Programmbeschwerde zur Sendung „Hart aber fair“ vom 27.02.2023 „Frieden mit Putins Russland: Eine Illusion?“, wegen Verstoßes gegen das Gebot journalistischer Fairness sowie wegen Verstoßes gegen das Gebot der Wahrheitspflicht.

Es scheint sich in öffentlich-rechtlichen Talkshows zunehmend zu einer Tradition zu entwickeln, unliebsame Meinungen und Positionen bestimmter Podiumsgäste mithilfe unlauterer Praktiken zu unterdrücken, zu verhindern oder gar als Lüge hinzustellen. So mutete es in der beanstandeten Sendung geradezu grotesk an, dass eine inhaltlich korrekte Wortmeldung seitens der Politikerin Sahra Wagenknecht zunächst von anderen Podiumsgästen niedergebrüllt wurde, um unmittelbar darauf durch einen vorbereiteten, fragwürdigen und alles andere als aktuellen Clip vermeintlich widerlegt zu werden.

Moderator Klamroth gab nach dieser Blindleistung allen Ernstes zum Besten, dass es in seiner Verantwortung als Moderator läge, keine Falschmeldungen stehen zu lassen. Seine autoritäre und anmaßende Körpersprache samt penetrantem Händereiben wirkte dabei außerordentlich unangenehm.

FqLsFgsXgAlkMV_.jpg
Klam.jpg

Dabei war Wagenknechts Feststellung, welche die „neue“ Einschätzung (vom Juli 2022) der Vereinten Nationen zum Ukraine Konflikt benennt, wonach beide Kriegsparteien in der Ukraine Misshandlungen begehen, korrekt.

Auf die [verlinkte UN-Quelle](#) bezog sich Sahra Wagenknecht, sie konnte jedoch nicht davon ausgehen, dass der Rest der Runde derart uninformiert in einer TV-Sendung erscheint. Da ein Podiumsgast nicht in der komfortablen Lage ist, Beweismaterial in Bild und Ton zu präsentieren, sollten diese technischen Möglichkeiten von den Programmverantwortlichen hergestellt werden. Ansonsten ist eine Gesprächsführung auf Augenhöhe nicht möglich und der Titel der Sendung wird ad absurdum geführt.

Kein Mensch kann alles wissen, aber der Moderator einer der wichtigsten politischen Talks im deutschen Fernsehen hat sich gefälligst vernünftig vorzubereiten. Dazu gehört nicht nur der aktuelle Stand der Geschehnisse rund um das Thema, sondern auch das Wissen um Veröffentlichungen maßgeblicher NGOs wie bspw. Amnesty International oder Recherchen anerkannter Journalisten. Zudem ist es der freien Meinungsbildung nicht abträglich, beide Seiten des Konfliktes zu beleuchten.

Im [verlinkten Spiegelartikel](#) geht es um die nachgewiesenen und unter aufgeklärten Menschen durchaus bekannten Gewaltorgien sogenannter Freiwilligenbataillone, die im Osten der Ukraine über Jahre hinweg marodierten. Eines dieser Truppenteile ist das [Aidar-Bataillon](#), welchem von Amnesty International massive Kriegsverbrechen im Raum Luhansk nachgewiesen wurde. Maksym Marchenko, (inzwischen Gouverneur von Odessa) war Anführer des rechtsextremen Aidar-Bataillons, welches brutal gegen die überwiegend russischsprachigen Ukrainer im Osten des Landes wütete. Derselbe Marchenko wurde vor Kurzem von Ihrem Podiumsgast Katrin Göring-Eckhardt (Grüne) umarmt und geherzt wie ein Bruder, ohne ihr das in irgendeiner Weise seitens der medialen „Kämpfer gegen rechts“ anzukreiden.

[https://twitter.com/RealWsiegrist/statu ... 3069369344](https://twitter.com/RealWsiegrist/statu...3069369344)

Unter dem Titel „Die ukrainische Kampftaktik gefährdet Zivilpersonen“ erhob Amnesty im August letzten Jahres schwere Vorwürfe gegen die ukrainischen Truppen. Diese operierten bei ihrem Versuch, russische Angriffe zurückzuschlagen, von dicht besiedelten Wohngebieten aus. Dabei nutzten sie auch Krankenhäuser und Schulen als Stützpunkte. Mit diesem Vorgehen, das Kriegsgesetze verletze, werde die eigene Bevölkerung Risiken ausgesetzt. „Der Umstand, in der Position des Verteidigers zu sein, entbindet das ukrainische Militär nicht davon, das internationale Völkerrecht zu respektieren“, heißt es in dem Bericht. Es gibt dazu einen umfangreichen Fundus an Videos, Gesprächen mit Betroffenen und Augenzeugenberichten, der auch dokumentiert, dass das ukrainische Militär ihre eigenen Landsleute zu tausenden als menschliche Schutzschilde benutzte, sie ohne ausreichend Nahrung und Wasser in den Kellern ihrer eigenen besetzten Wohnhäuser zusammenpferchte und ihnen bei Strafe der Exekution die Flucht untersagte.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Ukraine Ljudmyla Denissowa wurde bereits im Mai 2022 vom ukrainischen Parlament ihres Amtes enthoben, da sie Medien weltweit und sogar die Vereinten Nationen mit [frei erfundenen Fällen](#) von sexualisierter Gewalt

durch russische Soldaten getäuscht und sich sogar sexuell motivierte Gräueltaten an Kleinkindern ausgedacht hatte.

Die Daten, die seit [dem ersten Bericht](#) der Foundation for Democracy Studies gesammelt wurden, lassen den Schluss zu, dass Folter und unmenschliche Behandlung durch die Sicherheitskräfte der Ukraine (SBU), der ukrainischen Streitkräfte, der Nationalgarde und anderen Formationen des Innenministeriums der Ukraine sowie von illegalen bewaffneten Gruppen, wie dem Rechten Sektor, nicht nur fortgesetzt wurden, sondern systematisch zunahmen.

Der beanstandete Beitrag der Reihe "Hart aber fair" verstößt gegen § 4 des WDR-Gesetzes, wonach die Angebote dem Prozess freier, individueller und öffentlicher Meinungsbildung dienlich sein sollen, sowie gegen § 5, der die gebotene Wahrheitspflicht und die journalistische Fairness zum Gegenstand hat.

Eine perfide Strategie von Kriegspropaganda ist seit jeher, dass Gewalt gegen Frauen instrumentalisiert wird. Wenn aber nun Politikern, die Friedensbemühungen und Diplomatie unterstützen und sich gegen weitere Waffenlieferungen und gegen das weitere Töten aussprechen, unterstellt wird, dass sie damit Vergewaltigungen gutheißen, dann ist der Tiefpunkt des „Diskurses“ erreicht. Zudem ist die Wirkung von einseitiger Gräuelpopaganda auf die Rezipienten durch seine emotionalisierende Wirkung evident. Der Leitsatz Audiatur et altera pars kommt somit nicht mehr zum Einsatz. Das ist wohl so beabsichtigt.

Aufgabe öffentlich-rechtlicher Angebote ist es nicht, die Gräben zwischen Menschen verschiedener Meinungsspektren zu vertiefen und Personen des öffentlichen Lebens aufgrund ihrer Initiative das Menschsein abzusprechen. Dehumanisierung ist ein eindeutiges Merkmal der Propaganda des Faschismus. Der WDR sollte das innerhalb seines Mitarbeiterstammes kommunizieren.

FqLsIUiWcAEsebw.jpg

Da die wenigsten Zuseher nach der Sendung postwendend zum Online-Faktencheck eilen, um etwaige Richtigstellungen zu "checken", erwarten wir eine Entschuldigung samt Richtigstellung in der nächsten Folge der Sendung "Hart aber fair".

Aus Gründen der Transparenz werden wir diese Beschwerde sowie die Antwort der Programmverantwortlichen auf der Webseite des Vereins <https://forum.publikumskonferenz.de/> veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Maren Müller

Re: WDR - Programmbeschwerde zur Sendung „Hart aber fair“

3. März 2023, 11:22 Maren

Notiz:

https://www.youtube.com/watch?v=_PKjPJJOY_9E

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=94511>